

DAS FALSCHES NULLSUMMENSPIEL MIT DER ARBEITSZEIT

WARUM DIE PRODUKTIONSMENGE IN EINER VOLKSWIRTSCHAFT NICHT FIX IST

Zusammenfassung

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit wird oft der Vorschlag einer gleichmäßigeren Verteilung der gegebenen Arbeitsmenge hervorgebracht. Der Grundgedanke jener, die Arbeitslosigkeit durch geringere Arbeitszeiten senken wollen, ist einfach und dennoch kraftvoll. Bildlich gesprochen: Ob vier Arbeiter ein Auto in 100 Stunden produzieren oder fünf Arbeiter in 80 Stunden ist betriebswirtschaftlich egal, so lange sich die Gesamtlohnsumme aller Arbeiter nicht erhöht, sich die Produktivität der Arbeiter nicht unterscheidet und unabhängig von der Arbeitszeit konstant ist.

Somit ließe sich der »Kuchen Arbeit« auf beliebig viele Arbeitswillige aufteilen. Befürworter von Arbeitszeitverkürzungen argumentieren, dass die Produktivität eines Arbeiters sinkt, je länger er arbeitet (z.B. durch Ermüdung). Somit sinken die Lohn-Stück-Kosten im Zuge der Arbeitszeitverkürzung. Skeptiker werden das Gegenteil behaupten und als Grund hierfür z.B. Einarbeitungszeiten vorbringen. Beide Argumente haben eine gewisse Berechtigung, sind jedoch nicht von zentraler Bedeutung. Die obige Argumentation baut auf der Annahme auf, dass die Arbeitsmenge in einer Volkswirtschaft konstant ist. Dies mag für ein Unternehmen noch stimmen mag, ist für eine Volkswirtschaft schlichtweg falsch. Wieder einmal gilt Paul Krugmans Aussage »A Country is not a Company!«

Ein historischer Vergleich

»Der Vollzeitarbeitsplatz ist immer noch das, was die Menschen wollen. Bei weniger verfügbarer Arbeit ist die bessere Alternative zur Arbeitslosigkeit aber das Teilen und die Neubewertung der Arbeit.«, so der frühere Personalvorstand von Volkswagen, Peter Hartz, nach Einführung der 4-Tage Woche in dem Wolfsburger VW-Werk. Verbesserte Produktionsmethoden und ein Absatzrückgang von rund 500 000 Fahrzeugen binnen eines Jahres führten bei VW dazu, dass im Herbst 1993 über die Entlassung von 30 000 Beschäftigten diskutiert wurde.

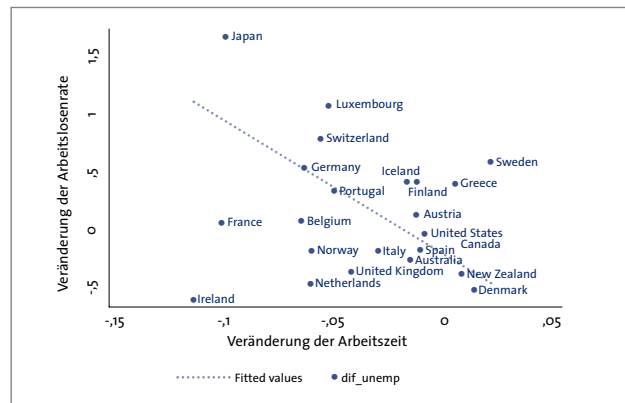
Anstelle von Kündigungen wurde die gegebene Arbeit geteilt. Was auf Betriebsebene klappt, funktioniert auf der Ebene eines Landes nicht. Dieser Policy-Brief erklärt, wieso die nahe liegende Analogie ein Trugschluss ist (in der Literatur als Lump-of-Labor Fallacy bekannt) und zeigt, dass – selbst unter Annahme konstanter Lohnstückkosten – kürzere Arbeitszeiten nicht zu einer dauerhaften Reduktion der Arbeitslosigkeit führen werden. Die Reduktion der Arbeitszeiten bei VW erhielt dort zwar Arbeitsplätze, aber verringerte die Einkommen der Mitarbeiter. Aufgrund der geringeren Konsumnachfrage gingen zum einen Arbeitsplätze in der Region Wolfsburg (z.B. von Handwerkern) verloren, aber auch Waren aus anderen Regionen wurden weniger nachgefragt. Man könnte sich beispielsweise vorstellen, dass der »fünfte Tag« einer Woche zum Heimwerken genutzt wurde.

Ein VW-Arbeiter gefährdet damit nicht nur die Arbeitsplätze im Handwerk, sondern wird in der Regel weniger produktiv arbeiten als ein Handwerker – und weniger produktiv als am Fließband. Letztendlich sinkt langfristig durch das Teilen der Arbeit nicht die Arbeitslosigkeit, sondern das Bruttoinlandsprodukt. In der Realität führt mehr Arbeitseinsatz auch zu mehr Arbeitsnachfrage. Überspitzt gesprochen: eine Volkswirtschaft backt den Kuchen »Arbeit« selbst, bevor sie ihn verzehrt. Bäckst sie weniger Kuchen, kann auch weniger aufgeteilt werden. Die benötigte Arbeit hängt langfristig von den eingesetzten Arbeitstunden ab. Schafft Arbeit also Arbeit? Mehr Arbeitseinsatz – also längere Wochenarbeitszeiten, eine höhere Frauenerwerbsquote oder eine längere Lebensarbeitszeit – führen zu mehr Einkommen. Mit dem gestiegenen Einkommen kann mehr konsumiert werden. Ein Euro Mehreinkommen führt kurzfristig zu rund 80 Cent mehr Konsum. Die restlichen 20 Cent werden in der Regel nachfragewirksam investiert.

In der langen Frist steigen Einkommen und Konsum sogar im gleichen Maße an. Die gestiegene Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen führt in einem zweiten Schritt zu einem höheren Bedarf an Arbeitskräften und somit auch zu einer höheren Arbeitsnachfrage. Längere Arbeitszeiten erhöhen somit nicht nur das Angebot an Arbeit, sondern auch die Nachfrage. Halbierte sich die Anzahl der gearbeiteten Stunden in einer Volkswirtschaft, so würde sich nach einer Periode von Anpassungen auch die Nachfrage nach Arbeit halbieren und die Arbeitslosigkeit würde sich nicht verändern.

Ein Blick in die Empirie

Zahlreiche OECD-Länder versuchten in den 90er Jahren Arbeitslosigkeit durch kürzere Arbeitszeiten zu senken. Anders als Verfechter eines fixen volkswirtschaftlichen Arbeitsangebots erwarten würden, besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzungen und einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. In Ländern, in denen die Arbeitszeit verkürzt wurde, stieg im Durchschnitt die Arbeitslosigkeit (siehe Abbildung 1). Was kann man daraus für unsere Analyse folgern? Sollte es wirklich positive Beschäftigungswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen geben, so müssten diese sehr gering sein, da der statistische Zusammenhang das Gegenteil nahe legt. Die Daten geben somit Hinweise darauf, dass sich Arbeit gesellschaftlich nicht »aufteilen« lässt und dass durch Arbeitszeitverkürzungen oder Frühverrentungen tendenziell nicht mit einem Sinken sondern mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.



Veränderung der Arbeitslosenrate und der Arbeitszeit (1991-2002): Regressionsgerade gewichtet mit der Bevölkerung, Österreich (1995-2002)

Mehr Arbeit für mehr Beschäftigung?

Bisher konzentrierte sich unsere Analyse auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung. Aber ist für eine sinnvolle Bewertung der Arbeitsnachfrage nur das Niveau von Bedeutung? Muss nicht vielmehr die Zusammensetzung der Arbeitsnachfrage differenzierter analysiert werden? Denn als Verlierer wirtschaftlicher Anpassungsprozesse gelten häufig Geringqualifizierte – für sie stellt der ständige Strukturwandel in einer modernen Volkswirtschaft eine besondere Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund analysiert ein Forschungsprojekt des MEA den Einfluss von Änderungen der Arbeitszeiten auf die Beschäftigungssituation von Geringqualifizierten. Die Resultate des Modells legen nahe, dass verlängerte Arbeitszeiten gerade für Geringqualifizierte positive Beschäftigungswirkungen haben können. Die Forschungsergebnisse belegen, dass neue Arbeitsplätze entstehen,

wenn diejenigen, die einen Job haben, länger arbeiten. Der gleiche Effekt ergibt sich durch eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit, einen späteren Renteneintritt oder durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Denkbar wäre z.B. eine stärkere Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Mit rund 63% ist deren Erwerbsquote in Deutschland im OECD-Vergleich sehr gering. Doch wie genau werden Jobs für Geringqualifizierte dadurch geschaffen? Und wie ist es überhaupt möglich, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, wenn doch mehr Arbeitswillige auf den Arbeitsmarkt strömen? Ein Widerspruch? Nein, denn ein Widerspruch ergibt sich nur dann, wenn man wie oben auf Basis einer fixen Arbeitsmenge argumentiert.

Wer länger arbeitet oder beginnt zu arbeiten, der hat weniger Freizeit. Neben der »wirklich« freien Zeit, gibt es aber noch eine Vielzahl von produktiven Tätigkeiten, die außerhalb der Arbeitszeit durchgeführt werden: etwa das Kochen eines Abendessens, Putzen, Heimwerken, Kinderbetreuung oder Altenpflege. Tätigkeiten, die unter dem Begriff »home production« zusammengefasst werden. Gleichzeitig verdienen die länger Arbeitenden aber mehr, etwa beim Wechsel von einer Halb- auf eine Ganztagsstelle. Sie können dann diese Dienstleistungen von jemand anderem ausführen lassen und ihre knappe Freizeit für ihre Hobbys oder zum Entspannen nutzen. Die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen steigt, es findet eine Art Outsourcing der »home production« statt. Daten der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die pro Haushalt aufgewendete Zeit für häusliche Tätigkeiten stark variiert, je nachdem welche Art von Arbeitsverhältnis besteht.

Wer arbeitet, wendet weniger als halb soviel Zeit für

	Nicht erwerbstätig	Erwerbstätig	
		Teilzeit	Vollzeit
Männer	4h14 min	3h17min	1h22min
Frauen	7h 01 min	5h50min	1h33min

Table 1: Durchschnittlich verwendete Zeit für »home production«

häusliche Tätigkeiten auf wie Erwerbslose. Arbeitet eine bereits beschäftigte Frau eine Stunde mehr pro Tag, sinkt die Zeit für »home production« um 27 Minuten pro Tag. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach bezahlten Haushaltshilfen um 18%.

Wie bereits erörtert, führt das höhere Einkommen zu einem entsprechenden Anstieg des Konsums aller Güter. Allerdings steigt gerade die Nachfrage nach einfachen, arbeitsintensiven Dienstleistungen, die Erwerbstätige von alltäglichen Tätigkeiten entlasten, überproportional stark. Dadurch erhöhen sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Ergo, nicht nur das Niveau der Beschäftigung steigt, auch die Beschäftigungsstruktur ändert sich zu Gunsten von Arbeitskräften mit niedrigerer Qualifikation, die im Moment besonders unter der Arbeitslosigkeit leiden.

	Nicht-Erwerbstätig	Erwerbstätig	Eine zusätzliche Arbeitsstunde
Veränderung in der Zeit, die für »homeproduction« verwandt wird (h:min)	-1h23min	-3h28min	-0h27min

Table 2: Netto-Effekt von Erwerbstätigkeit von Frauen auf »home production«

Fazit

Jede sinnvolle Diskussion über die Beschäftigungswirkungen bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen muss berücksichtigen, dass die Arbeitsnachfrage in einem Land keine fixe Größe darstellt. Die Arbeitsnachfrage wird von der Volkswirtschaft generiert – das heißt der Kuchen Arbeit muss erst gebacken werden, bevor er verteilt wird. Insbesondere stellen vor diesem Hintergrund Arbeitszeitverkürzungen keine Lösung zur Reduktion der Arbeitslosigkeit dar. Genauso wenig führte ein höheres Renteneintrittsalter dazu, dass jungen Arbeitnehmern die Arbeit weggenommen wird. Forschungsergebnisse des MEA und empirische Untersuchungen lassen sogar darauf schließen, dass eine Verlängerung der Arbeitszeit beziehungsweise eine höhere Erwerbsquote zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit führen dürfte.

Weiterführende Informationen finden Sie auch im Internet unter www.mea.uni-mannheim.de

Impressum:

Herausgeber: Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie
und Demographischer Wandel

Verantwortlich: Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D.

Text: Jens Pulkowski

Gestaltung: Jürgen Schlotter und united ideas, Stuttgart

Druck: BB Druck, Ludwigshafen

Nachdruck ist nur mit der Genehmigung des Herausgebers
gestattet.

MEA

Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und
Demographischer Wandel
Universität Mannheim

L13,17

D-68131 Mannheim

Telefon +49 621 181-1862

Telefax +49 621 181-1863

www.mea.uni-mannheim.de